

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2020 in der Stadthalle

Beginn: 17:02 Uhr Ende: 21:18 Uhr

§§ 32 – 43 öffentlich

ANWESENHEIT

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Pascal Bader (stimmberechtigt)

Mitglieder

Stadträtin Renata Alt

Stadtrat Reinhold Ambacher

Stadtrat Michael Attinger

Stadtrat Andreas Banzhaf

Stadträtin Eva Baudouin

Stadtrat Hans-Peter Birkenmaier

Stadtrat Max Blon

Stadtrat Heinrich Brinker

Stadträtin Tonja Brinks

Stadträtin Sabine Bur am Orde-Käß

Stadträtin Ute Dahner

Stadtrat Marc Eisenmann

Stadtrat Michael Faulhaber

Stadtrat Michael Gänßle

Stadtrat Ralf Gerber

Stadträtin Marianne Gmelin

Stadtrat Stefan Gölz

Stadtrat Dieter Franz Hoff

Stadtrat Hans Kahle

Stadtrat Andreas Kenner

Stadtrat Rainer Kneile

Stadtrat Ulrich Kreyscher

Stadtrat Ulrich Kübler

Stadträtin Sabine Lauterwasser

Stadtrat Christoph Lempp

Stadtrat Manfred Machoczek

Stadtrat Dr. Christoph Miller

Stadtrat Gerd Mogler

Stadtrat Tobias Öhrlich

Stadträtin Dr. Natalie Pfau-Weller

Stadtrat Dr. Thilo Rose

Stadtrat Florian Schepp

Stadträtin Bettina Schmauder

Stadtrat Wilfried Veeser

Stadträtin Lena Weithofer

Stadträtin Martina Zuber

ab 17:11 Uhr, vor Kenntnisnahme § 32 ö

ab 20:20 Uhr, vor Beschlussfassung § 41 ö

ab 18:14 Uhr, vor Beschlussfassung § 39 ö

ab 17:21 Uhr, vor Kenntnisnahme § 33 ö

bis 20:25 Uhr, vor Beschlussfassung § 42 ö

Entschuldigt

Stadtrat Dr. Jürgen Berghold

aus beruflichen Gründen verhindert

Verwaltung

Erster Bürgermeister Günter Riemer Bürgermeister Stefan Wörner Ortsvorsteher Hermann Kik (Ötlingen) Herr Claus Kuchelmeister (Rechnungsprüfungsamt) Frau Silvia Oesterle (Gebäude und Grundstücke) Herr Martin Zimmert (Stadtwerke) Frau Birgit Spann (Gebäude und Grundstücke) Frau Bianka Wötzel (Gebäude und Grundstücke) Frau Karin Dangel (Gremien und Öffentlichkeitsarbeit)

Schriftführer/in

Frau Jana Reichle (Gremien und Öffentlichkeitsarbeit)

Außerdem anwesend

Herr Dr. Sven Fries (Geschäftsführer Stadtberatung)	zu § 39 ö
Herr Thomas Gauggel (Freier Architekt, Tübingen)	zu § 36 ö

GR 20.05.2020

Arbeit von Gremien und Verwaltung in Zeiten der Corona-Pandemie - mündlicher Bericht

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38 Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 34

<u>Kenntnisnahme</u> vom mündlichen Bericht zur Arbeit von Gremien und Verwaltung in Zeiten der Corona-Pandemie.

Bekanntgabe von Beschlüssen

Bekanntgabe von Beschlüssen aus der März-Sitzungsrunde 2020

Aus der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Bürgerdienste (BSB) vom 03.03.2020 sind keine Beschlüsse bekannt zu geben.

Die Sitzung diente der Vorberatung der Sitzung des Gemeinderates am 11.03.2020.

Aus der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur, Wirtschaft und Umwelt (IWU) vom 04.03.2020 sind keine Beschlüsse bekannt zu geben.

Die Sitzung diente der Vorberatung der Sitzung des Gemeinderates am 11.03.2020.

Aus der nichtöffentlichen Sitzung des **Gemeinderates vom 11.03.2020** sind keine Beschlüsse bekannt zu geben.

Bekanntgabe von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters:

Brandschutzmaßnahmen, Sanierung der NWT-Räume und Digitalisierung an der Alleenschule
- Vergabe der Objektplanung
- Vergabe der Fachplanung technische Gebäudeausrüstung

- 1. Stufenweise Vergabe der Planungsleistungen für die Objektplanung (Leistungsphase 1 9) Brandschutzertüchtigung, Sanierung der NWT-Räume und Digitalisierung an das Büro KLE, Steingaustraße 2, 73230 Kirchheim unter Teck.
- 2. Stufenweise Vergabe der Fachplanungsleistungen für die technische Gebäudeausrüstung (Anlagegruppen 1 5, 7 und 8) Brandschutzertüchtigung, Sanierung der NWT-Räume und Digitalisierung (Leistungsphase 1 9) an das Büro HplusH Planungs GmbH, Otto-Hahn-Weg 10, 73066 Uhingen.

VgV-Verfahren für die Objektplanung, die technische Gebäudeausrüstung und die Tragwerksplanung zur Sanierung des Wachthauses - Festlegung der Eignungs- und Zuschlagkriterien

- 1. Zustimmung zu den Eignungskriterien sowie deren Gewichtung für die Auswahl der Planungsbüros für die Objektplanung, die technische Gebäudeausrüstung und die Tragwerksplanung zur Sanierung des Wachthauses.
- Zustimmung zu den Zuschlagskriterien sowie deren Gewichtung für die Verhandlungsverfahren zur Auswahl der besten Bieter für die Objektplanung, die technische Gebäudeausrüstung und die Tragwerksplanung zur Sanierung des Wachthauses.

Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED in der Kernstadt - Zustimmung zum 1. Abschnitt, Bereich Süd-Ost

- 1. Zustimmung zur Konzeption der Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED in der Kernstadt, für weitere drei Abschnitte.
- Zustimmung zur Durchführung der Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED in der Kernstadt und Freigabe der Ausschreibung für den 1. Abschnitt (Bereich Süd-Ost) in 2020.

Projekt "Energiesparen an Schulen" im Rahmen des Förderprogramms Kommunalrichtlinien im Förderschwerpunkt Energiesparmodelle - Zustimmung zur Antragstellung

- 1. Zustimmung zur Realisierung von Energiesparmodellen an den allgemeinbildenden Schulen.
- 2. Zustimmung zur Antragstellung auf Förderung dieses Energiesparmodells im Rahmen der Kommunalrichtlinie.
- 3. Zustimmung, dass für die Umsetzung von geringinvestiven Maßnahmen zusätzlich die Förderung eines Starterpakets beantragt wird.

Zustimmung zur Wahl in der Freiwilligen Feuerwehr Kirchheim unter Teck - Bestellung von Herrn Michael Briki zum Stadtbrandmeister - Bestellung von Herrn Michael Grininger zum stv. Stadtbrandmeister

- 1. Herr Michael Briki wird zum 21.04.2020 zum Kommandanten der Gesamtfeuerwehr Kirchheim unter Teck (Stadtbrandmeister) bestellt.
- 2. Herr Michael Grininger wird zum 21.04.2020 zum stv. Kommandanten der Gesamtfeuerwehr Kirchheim unter Teck (stv. Stadtbrandmeister) bestellt.

Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 29.04.2020 (im elektronischen Verfahren gefasst)

§ 6 nicht öffentlich

Schaffung von Plätzen zur Kinderbetreuung
- Bereitstellung von Interimsflächen in Ötlingen
- Freigabe der Ausschreibung

- 1. Zustimmung zur Bereitstellung von Interimsflächen zur Kinderbetreuung am Standort der ehemaligen Haldenschule in Ötlingen.
- 2. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe in von 260.000 Euro.
- 3. Freigabe der Ausschreibung.

§ 7 nicht öffentlich

Gewerbebauplatz
Marie-Curie-Straße (Kruichling)
- Zustimmung zum Verkauf

Zustimmung zum Verkauf eines Flurstücks in der Marie-Curie-Straße zum gutachterlich festgestellten Verkehrswert mit einer Bauverpflichtung innerhalb von vier Jahren bis zur Bezugsund Betriebsfertigkeit.

§ 8 nicht öffentlich

Gewerbebauplatz Maria-Merian-Straße (Kruichling) - Zustimmung zum Verkauf

Zustimmung zum Verkauf eines Flurstücks in der Maria-Merian-Straße mit einer Bauverpflichtung innerhalb von vier Jahren bis zur Bezugs- und Betriebsfertigkeit.

§ 9 nicht öffentlich

Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 78 Abs. 4 GemO

Zustimmung zur Annahme bzw. Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen in Höhe von insgesamt 12.372,16 Euro.

§ 10 nicht öffentlich

Beteiligungen der Stadt Kirchheim unter Teck
- Beteiligungsbericht für die Jahre 2013 bis 2018
- Austritt aus der Holzverwertungsgenossenschaft Oberschwaben eG

- 1. Kenntnisnahme vom Beteiligungsbericht der Stadt Kirchheim unter Teck für die Jahre 2013 bis 2018.
- 2. Auftrag an die Verwaltung, die Beteiligung an der Holzverwertungsgenossenschaft Oberschwaben eG zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu beenden.

§ 11 nicht öffentlich

Jahresabschluss der Stadtwerke Kirchheim unter Teck 2018

 Kenntnisnahme vom konsolidierten Jahresabschluss und Lagebericht 2018 der Stadtwerke Kirchheim unter Teck (Anlage 1 zur Sitzungsvorlage GR/2020/048) und vom Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2018 durch das städtische Rechnungsprüfungsamt (Anlage 2 zur Sitzungsvorlage GR/2020/048).

2. Der Jahresabschluss 2018 wird festgestellt

mit einer Bilanzsumme von	32.820.342,74 Euro
davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	· · ·
- das Anlagevermögen	29.983.544,66 Euro
- das Umlaufvermögen	2.609.564,90 Euro
- Rechnungsabgrenzungsposten	11.412,83 Euro
davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital	17.660.387,00 Euro
- die empfangenen Ertragszuschüsse	40.557,00 Euro
- die Rückstellungen	938.021,37 Euro
- die Verbindlichkeiten	14.181.377,37 Euro
mit einem Jahresgewinn von	247.322,00 Euro
mit der Summe der Erträge in Höhe von	7.103.367,80 Euro
mit der Summe der Aufwendungen in Höhe von	6.856.045,80 Euro

Der sich ergebende Jahresgewinn 2018 ist wie folgt zu verwenden:

- Kapitalzuführung aus dem Haushalt der Stadt (im Jahr 2019)	729.663,57 Euro
- Auf neue Rechnung vorzutragen (Gewinn)	976.985,57 Euro

- 3. Der auf den Betriebszweig Parkierung entfallende Jahresverlust 2018 wird <u>nicht</u> durch die Stadt ausgeglichen.
- 4. Die Geschäftsführung wird für das Jahr 2018 entlastet.
- 5. Kenntnisnahme vom Prüfungsbericht des städtischen Rechnungsprüfungsamts über die Prüfung der Parkhaus GmbH (Anlage 3 zur Sitzungsvorlage GR/2020/048).

§ 12 nicht öffentlich

Windpark Aalen-Waldhausen GmbH - Erteilung eines generellen Mandats an den Geschäftsführer der Stadtwerke Kirchheim unter Teck für die Gesellschafterversammlungen

 Erteilung eines generellen Mandats an den Geschäftsführer der Stadtwerke zur Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung der Windpark Aalen-Waldhausen GmbH.

Von der generellen Mandatserteilung ausgenommen werden folgende Angelegenheiten:

- Änderungen des Gesellschaftsvertrags (§ 7 Abs. 2 b)
- Änderungen des Gegenstands der Gesellschaft nach § 2 (1) (§ 7 Abs. 2 c)
- Liquidation der Gesellschaft (§ 7 Abs. 2 d)
- Durchführung von Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen (§ 7 Abs. 2 e)
- Das unter Ziffer 1 genannte Mandat gilt nur, solange die Beteiligung der Stadtwerke an dieser Gesellschaft nicht erweitert wird. Im Falle einer Erweiterung der Beteiligung ist ein erneuter Beschluss des Gemeinderats zum Mandat einzuholen.
- 3. Auftrag an die Stadtwerke, die Beschlüsse dem Gemeinderat im Nachhinein einmal jährlich zur Kenntnis zu geben.

§ 13 nicht öffentlich

- Kalkulation der Wärmegebühren im Steingauquartier
 1. Änderungssatzung der Satzung über die öffentliche Nahwärmeversorgung und dem damit verbundenen Anschluss- und Benutzungszwang im Gebiet Steingauquartier vom 04.10.2017
- Festsetzung der j\u00e4hrlichen Grundgeb\u00fchr auf 59,62 Euro pro kW Anschlussleistung zuz\u00fcglich Mehrwertsteuer.
- 2. Festsetzung der Arbeitsgebühr auf 5,82 Cent pro kWh_{th} Wärmeabnahme zuzüglich Mehrwertsteuer.
- Beschluss der 1. Änderungssatzung der Satzung über die öffentliche Nahwärmeversorgung und dem damit verbundenen Anschluss- und Benutzungszwang im Gebiet "Steingauquartier" vom 04.10.2017, wie in der Anlage 2 zur Sitzungsvorlage GR/2020/054 dargestellt.

Einwohner/innen fragen - die Verwaltung antwortet

110 1. <u>Ehrenamtliche Hausaufgabenbetreuung</u> 111

Eine Einwohnerin bedankt sich dafür, dass die Stadtverwaltung in Vorleistung gegangen sei, um die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Hausaufgabenbetreuung von Januar bis März auszubezahlen. Das Geld sei am 14.05.2020 eingegangen. Sie möchte wissen, wie es um den Verdienstausfall für ehrenamtliche Hausaufgabenbetreuung in den Grundschulen stehe, da man recht plötzlich in eine Corona-Zwangspause geschickt worden sei. Inzwischen wisse man dass die Pause bis zum Ende des Schuljahres dauern werde. Frau Huttenlocher habe am 17.03.2020 mitgeteilt, dass sie informieren werde, sobald Einzelheiten bekannt seien. Inzwischen seien jedoch bereits zwei Monate vergangen.

OB Dr. Bader entgegnet, dass man aktuell noch nichts Näheres zur Hausaufgabenbetreuung wisse. Als Stadt habe man im Rahmen des Rettungspakets des Landes Baden-Württemberg Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, insbesondere auch für die Kindergartengebühren. Seitens des Landes gebe es noch keinen Vorgaben, wie die Mittel eingesetzt werden sollen.

<u>StRin Brinks (SPD)</u> ergänzt, dass alle außerunterrichtlich und außerschulisch Tätigen bis Schuljahresende nicht mehr in die Schule dürfen.

<u>StR Hoff (CDU)</u> bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung insbesondere durch Frau Huttenlocher.

OB Dr. Bader sichert eine Überprüfung zu.

Beschaffung eines LF 20 Wasser für die Freiwillige Feuerwehr Kirchheim unter Teck, Abteilung Stadtmitte - Freigabe der Ausschreibung

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38 Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 35

Beschluss

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

35 Ja-Stimmen

- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen
- 0 Nicht abgestimmt
- Kenntnisnahme von den Inhalten der Ausschreibung für das LF 20 Wasser für die Freiwillige Feuerwehr Kirchheim unter Teck, Abteilung Stadtmitte, wie in den Anlagen 2 und 3 zur Sitzungsvorlage GR/2020/040 dargestellt.
- 2. Zustimmung zu den Zuschlagskriterien und deren Gewichtung laut Anlage A der Ausschreibung.
- 3. Freigabe der Ausschreibung.

Steingauquartier - Baufeld 3, Anpassung der Projektplanung beim Projekt IQ-Wohlfühlen am Quartiersplatz - Baufeld 6, Anpassung der Vergabekriterien für die Projekte Henriettenhaus und Quartoon

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38 Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 35

StR Birkenmaier (Freie Wähler) nimmt wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil und bei den Zuhörern Platz.

Beschluss

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

33 Ja-Stimmen

- 0 Nein-Stimmen
- 1 Enthaltung
- 1 Nicht abgestimmt
- 1. Kenntnisnahme von der angepassten Projektplanung beim Projekt "IQ Wohlfühlen am Quartiersplatz" im Baufeld 3.
- 2. Zustimmung zur Anpassung der Vergabekriterien bei den Projekten
 - a) Henriettenhaus
 - b) Quartoon

im Baufeld 6, wie in der Sitzungsvorlage GR/2020/062 dargestellt.

Bauverpflichtung beim Verkauf von Gewerbegrundstücken - Festlegung auf drei Jahre bis Bezugsfertigkeit

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38 Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 35

Beschluss

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

35 Ja-Stimmen

- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen
- 0 Nicht abgestimmt

Beim Verkauf von städtischen Gewerbegrundstücken werden die Bauverpflichtung und das Rückkaufsrecht grundsätzlich auf drei Jahre bis zur Bezugs- und Betriebsfertigkeit festgelegt. Von dieser Frist kann nur in begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden.

Verwaltungsgebäudekonzept - Realisierungsstudie Teilprojekt Marktstraße 1 und 3 als Investorenmodell

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38 Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 35

Beschluss Nr. 1

Der Antrag erhält keine Mehrheit bei

10 Ja-Stimmen

23 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

0 Nicht abgestimmt

Auftrag an die Verwaltung, den Investor zu bitten, einen städtebaulichen Wettbewerb durchzuführen.

Beschluss Nr. 2

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

35 Ja-Stimmen

- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen
- 0 Nicht abgestimmt
- 1. Kenntnisnahme von der Empfehlung des Gestaltungsbeirates.
- 2. Auftrag an die Verwaltung, eine 3D-Visualisierung des Neubaus zu erstellen.
- 3. Auftrag an die Verwaltung, die Realisierung einer Tiefgarage zu prüfen.
- 4. Auftrag an die Verwaltung, eine Bürgerbeteiligung zur Neugestaltung des Rollschuhplatzes anzustoßen.
- 5. Die Fraktionen und Gruppierungen formulieren Anregungen zum Entwurf des Grundlagenvertrages und lassen diese der Verwaltung bis spätestens 15.06.2020 zukommen.
- 6. Es wird ein projektbegleitender Bauausschuss, bestehend aus Gemeinderat und Verwaltung, eingerichtet. Die Fraktionen und Gruppierungen melden der Verwaltung jeweils eine Vertreterin/einen Vertreter bis spätestens 15.06.2020.

Verwaltungsgebäudekonzept - Informations- und Beteiligungsprozess Neubau Marktstraße 1 und 3

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38 Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 36

Beschluss Nr. 1

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

- 18 Ja-Stimmen
- 14 Nein-Stimmen
- 4 Enthaltungen
- 0 Nicht abgestimmt

Antrag von StRin Brinks (SPD):

Die Kostenhöhe für den Informations- und Beteiligungsprozess zum Neubau Marktstraße 1 und 3 werden auf die in der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage GR/2020/060 genannte Höhe (31.682,56 Euro) gedeckelt.

Beschluss Nr. 2

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

- 23 Ja-Stimmen
- 12 Nein-Stimmen
- 1 Enthaltung
- 0 Nicht abgestimmt

Auftrag an die Verwaltung, das Informations- und Bürgerbeteiligungskonzept zum Neubau Marktstraße 1 und 3 in Zusammenarbeit mit dem Büro Stadtberatung Dr. Sven Fries, wie in der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage GR/2020/060 dargestellt, umzusetzen.

Sondernutzung Außenbewirtschaftung

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38 Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 36

StR Attinger (Grüne) nimmt wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil und bei den Zuhörern Platz.

Beschluss

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

33 Ja-Stimmen

- 0 Nein-Stimmen
- 1 Enthaltungen
- 2 Nicht abgestimmt
- 1. Kenntnisnahme vom mündlichen Bericht der Verwaltung.
- 2. Verzicht auf zusätzliche Gebühren, die durch die flächenmäßige Erweiterung von Außengastronomie im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entstehen.
- 3. Auftrag an die Verwaltung, während der Corona-Pandemie angefallene Sondernutzungsgebühren zunächst bis zum 30.09.2020 zinsfrei zu stunden. Die Nachfolgeregelung bzw. insbesondere die Entscheidung über einen Verzicht auf Sondernutzungsgebühren soll zur Beschlussfassung in die Gremien gebracht werden, wenn die Bedingungen für Kostenerstattungen des Landes Baden-Württemberg gegenüber den Kommunen geklärt sind. Dieser Vorschlag soll sich auch auf den Einzelhandel erstrecken.

Auf die Anlage zum Protokoll (PowerPoint-Präsentation) wird verwiesen.

Anschluss der Sammelkläranlage Bissingen-Nabern an das Gruppenklärwerk Wendlingen

- Vorstellung der Machbarkeitsstudie
- Zustimmung zur Weiterverfolgung

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38 Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 37

Beschluss

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

37 Ja-Stimmen

- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen
- 0 Nicht abgestimmt
- 1. Kenntnisnahme von der Machbarkeitsstudie/Strukturgutachten "Anschluss der Sammelkläranlage Bissingen/Nabern an das Gruppenklärwerk Wendlingen am Neckar" in den Anlagen 1 und 2 zur Sitzungsvorlage GR/2020/064.
- 2. Auftrag an die Verwaltung, den Anschluss der Sammelkläranlage Bissingen/Nabern an das Gruppenklärwerk Wendlingen am Neckar weiterzuverfolgen.

Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2015 der Stadt Kirchheim unter Teck
- Kenntnisnahme vom Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes - Feststellung der Jahresrechnung

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38 Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 36

Beschluss

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

35 Ja-Stimmen

- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen
- 1 Nicht abgestimmt
- Kenntnisnahme vom Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2015 der Abteilung Finanzen, wie in der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage GR/2020/061 dargestellt.
- 2. Feststellung der Jahresrechnung 2015 der Stadt Kirchheim unter Teck gemäß § 95 in Verbindung mit § 95b der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO), wie in Anlage 2 zur Sitzungsvorlage GR/2020/061 dargestellt. Soweit noch nicht geschehen, werden entstandene über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen genehmigt. Gleichzeitig wird den nach § 84 Abs. 2 GemO zulässigen überplanmäßigen Investitionsausgaben zugestimmt.
- Auftrag an die Verwaltung, den Planvergleich der zukünftigen Jahresabschlüsse nach § 51 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) - analog zum Jahresabschluss 2015 - nach der Mindestgliederung der §§ 2 - 4 GemHVO aufzustellen.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

Vw.stab	1.	Faceshields als unzulässige Mund-Nase-Bedeckungen nach der Corona-
REF		Verordnung
240		
243		StR Gerber (Freie Wähler) weist auf den Schriftverkehr des City Rings mit
244		einem örtlichen Hersteller der sogenannten Faceshields hin. Diese seien nicht zulässig. Im E-Mail-Verlauf habe der Unternehmer die Verwaltung um eine
		Stellungnahme gebeten.

OB Dr. Bader erklärt, dass die Verwaltung dem Unternehmer mitgeteilt habe, dass das Land sämtliche Faceshields als nicht zulässig erachte, da Mund und Nase nicht vollständig abgedeckt werden können. Mit dem Hersteller sei man schon länger in Kontakt. Dieser hatte angefragt und man habe ihm das auch zurückgemeldet.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

220	2.	<u>3D-Visualisierungen zu stadtbildprägenden Gebäuden</u>
221		
230		StR Banzhaf (Freie Wähler) verweist auf die Diskussion beim Neubau
232		Marktstraße 1 und 3 (§ 38 ö). Er bittet, künftig bei stadtbildprägenden Gebäuden regelmäßig um solche Visualisierungen. Hierzu müsse man auch
		frühzeitig auf die Investoren zugehen.

OB Dr. Bader sichert eine Überprüfung zu.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

3. <u>30-jähriges Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Kalocsa (Ungarn)</u>

350

351

352

StRin Gmelin (SPD) äußert sich zum vergangenen Jubiläum mit der ungarischen Partnerstadt Kalocsa. Sie sei enttäuscht vom Inhalt der Pressemitteilung der Stadtverwaltung. Hier hätte man mehr berichten müssen, wenn es schon keine Feierlichkeiten gegeben habe. Durch die Regierung unter Viktor Orban seit fast 10 Jahren seien die Demokratierechte in Ungarn immer weiter schleichend abgeschafft worden. Nun gab es ein neues Notstandsgesetz im März im Zusammenhang mit der Pandemie. Dadurch solle unter anderem die Pressefreiheit deutlich eingeschränkt werden. Auch eine Falschberichterstattung über die Regierung entscheidet, solle auf Dauer in das Strafgesetz aufgenommen werden. Die Deutsche Regierung müsse hier auf die Einhaltung der Grundrechte immer wieder hinweisen und entsprechend einfordern. Vor zwei Jahren habe das 50-jährige Jubiläum mit Rambouillet (Frankreich) unter dem Motto Besuch bei Freunden stattgefunden. Sie würde sich wünschen, dass die Kirchheimer Verwaltung die Besorgnis über die Vorgänge an die ungarischen Freunde mitteile. Auch in Kalocsa gebe es schließlich Menschen, die nicht der Regierungspartei angehören. Sie fragt, in wie weit die Verwaltung in diesem Zusammenhang mit den Partnerschaftsstädten in Kontakt getreten sei und wie man auf diese recht großen Einschränkungen, die die Demokratie Ungarns betreffen, eingehen könne.

OB Dr. Bader gibt an, dass es aus seiner Ansicht eine recht ausführliche Pressemitteilung gewesen sei. Aufgrund der Absage des Städtepartnerschaftsjubiläums hatte die Stadt mit dem Bürgermeister in Kalocsa Kontakt aufgenommen.

<u>StRin Gmelin (SPD)</u> regt an, als Gremium oder Verwaltung die Sorge zu äußern, dass die Einschränkungen der Demokratie nicht hinzunehmen seien. Die eigenen Werte müsse man vorleben. Es sei ein gutes Zeichen auch an die Opposition in Kalocsa. Diese bräuchten Unterstützung.

StR Dr. Rose (CDU) äußert sich zu Ungarn und dessen Problem mit der Rechtstaatlichkeit. Dies ändere jedoch nichts an der demokratischen Legitimation der Regierung. Es sei schwierig, hier für eine politische Strömung in Ungarn Partei zu ergreifen. Wenn eine Äußerung erfolge, dann über die mangelnde Rechtsstaatlichkeit. Eine Äußerung zu einer bestimmten politischen Strömung, könne da schnell negativ ausgelegt werden.

StRin Alt (FDP/KiBü) ist der Meinung, man müsse ein Signal setzen. Der Bürgermeister sei zwar ein Mitglied von Fidesz (Ungarische Partei), aber dies heiße nicht, dass alle Bürger aus Kalocsa die Partei unterstützen. Sie kritisieren die aktuelle Lage massiv. Aufgrund des Drucks aus Berlin habe sich Viktor Orban bereit erklärt, eventuell bis Ende August das Notstandsgesetz zurückzunehmen. Aber die Besorgnis über das Fakenewsgesetz und die Aushöhlung der Rechtstaatlichkeit bleibe bestehen. Ein Signal sei wichtig, um zu zeigen, dass man dies nicht akzeptiere. Auch Ungarn müsse sich an die EU-Verträge halten. Es sei eine schöne Geste, wenn man Proteste unterstütze.

Sie erkläre sich gerne bereit, etwas zu schreiben.

OB Dr. Bader sieht die Situation ebenfalls mit Sorge und bedankt sich für den Vorschlag von StRin Alt. Auch bei einem Treffen im nächsten Jahr in Ungarn könne man die eigenen Werte ansprechen und die Besorgnis zum Ausdruck bringen. Er könne sich ein gemeinsames Schreiben an die Kollegen in Ungarn gut vorstellen.

StRin Dr. Pfau-Weller (CDU) betont, dass Fingerspitzengefühl gefragt sei.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

Entwicklung der Städtepartnerschaft mit Bački Petrovac (Serbien)

350	
351	StRin Lauterwasser (Grüne) interessiert sich für die Aktivitäten der
352	Stadtverwaltung im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Bački Petrovac. Sie

fragt, ob sich die Aktivitäten ausschließlich auf den Förderverein beschränken. Sie bittet die Verwaltung darum, eine Idee zur Belebung und Verankerung der

Städtepartnerschaft in der Bürgerschaft zu entwickeln.

BM

4.

<u>BM Wörner</u> betont, dass aufgrund der Corona-Pandemie bereits geplante Begegnungen nicht realisiert werden konnten. Beispielhaft verweist er auf einen für Herbst 2020 geplanten Besuch der Jugendkapelle der Stadtkapelle in Serbien anlässlich des Kirchenjubiläums. Auch darüber hinaus seien bereits Kontakte in den Bereichen Sport und Schulen nach Bački Petrovac geknüpft worden.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

OB 5. <u>Entsorgungsmöglichkeiten im Landkreis Esslingen</u> EBM

StR Kenner (SPD) fragt nach der Leerung des Biomülls. Dieser werde aktuell nur noch halb so oft geleert. Es gebe ein Angebot von der Firma Heilemann hier unbürokratisch auszuhelfen. Auf dieses Angebot sei der Landkreis Esslingen nicht eingegangen. Es sei schwierig, wenn der Landkreis dann aber sage, dass er aufgrund der Corona-Pandemie nicht mehr alle Leerungen leisten könne, die Gebühren aber dieselben bleiben. Er bittet die Verwaltung dort nachzuhaken.

EBM Riemer bittet um Zusendung des entsprechenden Schreibens.

OB Dr. Bader ergänzt, dass das Kompostwerk mittlerweile auch samstags öffne. Dadurch könne die Saarstraße entlastet werden.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

221	
223	StR Kenner (SPD) verweist auf einen Antrag vor rund dreieinhalb Jahren, in

Innerstädtische Fahrradbeziehungen über den Marktplatz

220

6.

dem er eine Überfahrbarkeit des Marktplatzes mit dem Fahrrad beantragt habe. Er fragt nach dem aktuellen Sachstand.

EBM Riemer weist auf den Radverkehrsbericht hin, der noch dieses Jahr dem Gremium vorgelegt werden solle.

OB Dr. Bader betont, dass der Radverkehr in der Fußgängerzone aufgrund der Corona-Pandemie stark zugenommen habe. Dieser müsse wieder auf ein Normalniveau zurückgeführt werden. Unabhängig davon müsse die Situation für Fahrradfahrer im Innenstadtbereich verbessert werden.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

7. <u>Teilhabe von finanziell schlechter gestellten Personen am kulturellen Leben in Zeiten der Corona-Pandemie</u>

<u>StR Brinker (Linke)</u> weist auf das Angebot hin, dass finanziell schlechter gestellte Personen nicht auf das Autokino verzichten müssten, da das Stadtmobil hierfür ein Carsharing-Auto zur Verfügung stellen würde. Er bittet alle Anwesenden darum nach Möglichkeit Freikarten zu spenden, um das Angebot für diesen Personenkreis grundsätzlich zu öffnen.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

220 8. <u>Ausbesserung von Belägen in der Innenstadt</u> 223

StR Kreyscher (FDP/KiBü) äußert sich zur Sanierung der Bodenbeläge in der Max-Eyth-Straße (Pressemitteilung 089/20 vom 30.04.2020). Er habe sich mit den Arbeitern unterhalten, ob es notwendig sei, die beschädigten Steine durch die Teerbeläge zu ersetzen. Im Gegenteil zur Stadtverwaltung waren diese der Meinung, dass es kein Problem sei, man müsse jemanden einlernen um neue Steine einzusetzen. Die Innenstadt sei teilweise sehr fleckig. Wenn man dies möchte, könne dies auch ohne eine aufwendige Sanierung ordentlich ausgebessert werden.

StR Dr. Miller (Freie Wähler) erklärt, dass er in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Bürgerdienste und des Ausschusses für Infrastruktur, Wirtschaft und Umwelt vom 12.05.2020 die Verwaltung gebeten habe, den Haushaltsantrag 2019 Marktplatzsanierung in der Sitzung des Gemeinderats am 20.05.2020 aufzugreifen. Die Verwaltung habe zugesagt, dass der Marktplatz im Außenbereich mit neuen Platten versehen werde.

EBM Riemer erläutert, dass die Verwaltung nach dem Haushaltsantrag der Freien-Wähler-Fraktion eine Kostenschätzung durchgeführt habe. Diese wiederspreche den Ausführungen von StR Kreyscher (FDP/KiBü). Es mache auch einen Unterschied, ob es sich um einen Parkplatz oder eine Fußgängerzone handelt. Die Verwaltung sei ursprünglich von einer Kostenschätzung mit 250 Euro pro Quadratmeter ausgegangen. Entsprechende Mittel seien im Haushalt für 2020 angemeldet worden. Die Verwaltung habe dann jedoch entschieden, die Marktplatzsanierung zu verschieben. Inzwischen sei auch die Kostenschätzung aktualisiert worden und man sei jetzt bei einem Gesamtbetrag von 10.000 Euro.

Die entsprechenden Haushaltsmittel wurden zwar eingeplant, aber nicht für das Jahr 2020.

<u>StR Dr. Miller (Freie Wähler)</u> entgegnet, dass der Gemeinderat künftig über die Nichtausführung von Beschlüssen informiert werden müsse. Es sei nicht kooperativ, wenn keine Information an den Gemeinderat erfolge.

<u>StR Kreyscher (FDP/KiBü)</u> erinnert sich, dass er sich darüber geärgert habe, dass zwei neue Bäume gepflanzt werden sollten, obwohl ein Wettbewerb zur Neugestaltung des Marktplatzes ausgeschrieben wurde.

EBM Riemer entgegnet, dass dies vom Gemeinderat abgelehnt wurde.

OB Dr. Bader sichert eine schriftliche Ausarbeitung zu diesem Thema zu.

9. Baumfällungen am Eduard-Mörike-Campus

220

221	
230	StR Schepp (Freie Wähler) verweist auf gefällte Bäume am Eduard-Mörike-
234	Campus und erkundigt sich nach dem Hintergrund der Fällungen.

OV Kik (Ötlingen) erklärt, dass es vor der Fällung Untersuchungen gegeben habe. Es seien auch Neupflanzungen geplant.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

220 10. <u>S-Bahn-Anschluss der Stadt Kirchheim unter Teck</u>221

StRin Gmelin (SPD) verweist auf die Berichterstattung in den Ausgaben der Stuttgarter Zeitung sowie der Nürtinger Zeitung über die Sitzung des Verkehrsausschusses des Verbandes Region Stuttgart. Demnach sollten Verhandlungen mit dem Land über die Anbindung von Nürtingen an die S-Bahn (S 1) geführt werden. Laut dem Artikel sollte die S 1 im Halbstundentakt im Wechsel nach Kirchheim unter Teck bzw. Nürtingen geführt werden. Sie erkundigt sich, welche Auswirkungen diese Entscheidung auf den derzeitigen 30-Minuten-Takt nach Kirchheim unter Teck habe. Weiter möchte sie wissen, welche Auswirkungen die Verwaltung auf eine seit langem angestrebte Schnell-S-Bahn-Trasse von Kirchheim unter Teck zum Flughafen und die Weiterführung in Richtung Herrenberg sowie auf die S-Bahn von Kirchheim unter Teck in Richtung Stuttgart über das Neckartal habe.

OB Dr. Bader erklärt, dass die Sorge berechtigt sei. Bereits im Februar habe sich die Stadt mit einem Schreiben an die Region gewandt. Eine Rückmeldung hierauf habe es noch nicht gegeben. Er strebe einen Termin mit Landrat Eininger und Bürgermeister Weigel (Wendlingen am Neckar) an. Wichtig sei, dass die Stadt sich ins Gespräch bringe und präsent bleibe.

EBM Riemer erläutert die zugrundeliegenden Erwägungen.

Auf die Anlage zum Protokoll (PowerPoint-Präsentation) wird verwiesen.

StRin Weithofer (Grüne) berichtet aus ihrer parallelen Tätigkeit im Verkehrsausschuss der Region. Man werde weiterhin einen Halbstundentakt haben. Eine Entscheidung zu einem grundsätzlichen 15-Minuten-Takt in der gesamten Region gebe es. Der Verkehrsausschuss beschäftige sich aktuell schwerpunktmäßig mit der Betrachtung der Kommunen, die aktuell noch keinen 15-Minuten-Takt haben. Auch für die restliche Strecke von Wendlingen bis nach Kirchheim unter Teck sei es momentan nicht wirtschaftlich. Sie denkt, dass man deshalb den Druck erhöhen müsse.

Gez. Kögel

Hinweis

Anlage zum Protokoll Vergabeberichte März/April 2020